

Neuer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilage:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierteljährig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amtesliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Tebra a. N.

Ar. 105.

Tebra, Mittwoch, den 30. Dezember 1908.

21. Jahrgang.

Rußlands auswärtige Politik.

Erstmalig hat der russische Minister des Äußeren seine mit allgemeiner Spannung erwartete, schon lange angeforderte Rede über Rußlands auswärtige Politik in der Reichsduma gehalten. Der Minister begann mit einer Darlegung der politischen Lage in Rußland und legte die wichtigsten Ereignisse dar, die sich in den letzten Jahren ereignet haben. Er erwähnte die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, die Teilnahme an internationalen Konferenzen und die Entwicklung der russischen Außenpolitik. Er betonte die Wichtigkeit der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die Unterstützung der russischen Politik durch die amerikanische Regierung. Er erwähnte auch die Beziehungen zu den anderen Mächten und die Rolle Rußlands in der Welt. Er schloß mit einer Versicherung, daß Rußland seine Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Achtung der Souveränität anderer Völker aufbauen werde.

Die Antwort auf die türkische Chronik.

Die Antwortadresse auf die türkische Chronik ist durch die dazu ernannte Kommission nunmehr fertiggestellt worden. Sie beschäftigt sich zunächst mit der Auslösung des ersten türkischen Parlaments und wendet sich dann in scharfer Sprache gegen die unzulässigen Eingriffe des Sultans. Die Antwort legt, wenn sich der Entfall in der Vergangenheit nicht von den trügerischen Einfühlungen unüberwindlicher Personen hätte denken lassen, so würde man in der Türkei in den letzten dreißig Jahren an vielen Stellen des Reiches blühende Colon an Stelle von Ruinen, Fortschritt an Stelle des Verfalls haben erleben sehen.

dann würden der Nation, die einige wenige Schicksale des Reiches des Wohlstandes für einmütige Zwecke ausbeuten, nicht so viele Wunden geschnitten worden sein. Zur äußeren Politik übergehend, bemerkt der Entwurf, daß die ganze Nation den Schmerz des Sultans über die Unabhängigkeitsverletzung Bulgariens und die Angliederung Bosniens und der Herzegowina teile, und führt fort: Die Kammer wird eine Politik der internationalen Freundschaft folgen, die Nation, die im Innern die friedliche Umwälzung durchgeföhrt hat, wird der Welt zeigen, daß sie auch dem Ausland gegenüber unerschrocken die Freiheit des Politik weiter verfolgen wird. Wir hoffen, daß dadurch das Land sich auf die Stellung hinaufarbeiten wird, die es im Gegensatz der Großmächte verdient, daß es den Krieg des Mittelalters geniet und die Ziele und die Achtung aller verdient wird, daß die erwählten politischen Fragen bald zu einem guten Ende geführt werden, daß dem freundschaftlichen Verstand der Großmächte, die unter friedlichen Umständen ebenso unerschrocken sind, wie unter Sozialität über ihn, die nächste Aufgabe der Kammer nicht der Entwurf ist die Regelung des Finanzwesens. Die Kammer werde dafür Sorge tragen, daß es nicht erlaubt sei, auch nur einen Pfennig aus der Staatskasse oder auch nur einen Heller aus der Tasche der Steuerzahler im Widerspruch mit dem Budgetgesetz auszugeben. Trotz der ungläublichen Verschwendung, die Jahre hindurch getrieben sei, wolle die Geschichte der Finanzen kein Beispiel fände, werde die Kammer es beschließen, geordnete Verhältnisse herzustellen und dadurch eine gesunde Kreditbasis herzustellen. Die Ariele schließt: Wir freuen uns, Eurer Majestät unter Geheiß des Volkes und der Danarbeit tungegen zu können dankbar, daß der Wille des Volkes demnach ist, daß seine Macht der Erde im Einklang mit der Natur, daß wir bei der Gründung der Kammer, jenes Abbild der Volksherrschaft, Eure Majestät haben vor Augen sehen können, und zum Zeichen dafür, daß alle Schranken zwischen Herrscher und Volk auf immer gefallen sind, steht unter dem Zeichen einig und allein von der Liebe zum Vaterland und zu unserm Volk. — Auf Kaiserlichen Befehl ist dem Abgesandten zum Präsidenten der Deputiertenkammer, der Miranopoler Deputierte Tolmatz zum Vizepräsidenten ernannt worden. Während die Verhandlungen in der Kammer, sein hauptsächlichstes Ziel werden sein die Erfüllung der Wünsche, die das ihm anvertraute Amt von ihm fordere. Der Präsident empfahl darauf den Depuizierten Mitglieder, Gerecht und Gerechtigkeit, Fleiß und Selbstverleugung zu zeigen, daß die Depuizierten nicht trüben. Man möge nicht vergessen, daß die Worte, die in der Kammer gesprochen werden, nicht nur von Taten, sondern von der ganzen zivilisierten Welt gehört werden. Sehr muß man politische Fähigkeit beweisen.

Politische Rundschau.

Deutschland.
* Volkstümlich wird bekannt gegeben, daß von einer Abgabe des Reiches Adria (Duarb) bei Kaiser Wilhelm in Berlin nichts bekannt ist.
* Das Gesetz über den unzulässigen Wettbewerb, das gegenmütig im Bundesrat beraten wird, bringt gegenüber dem Gesetze von 1890 nicht unwesentliche Änderungen. Durch das neue Gesetz sollen Nachschäbe bei Ausverkaufern verhindert werden. Ausverkäufe werden nur dann gestattet, wenn sie durch besondere Veranlassungen (Lobesfall, Umzug usw.) bedingt sind. Es wird von dem Kaufmann, der einen Ausverkauf veranstalten will, verlangt, daß er eine Liste derjenigen Waren, die er dem Ausverkäufer zu unterstellen gedenkt, der Polizei überreicht. Geht es um einen recht darüber zu geben, daß nicht mehr und nicht andere Waren ausverkauft werden, als der Abnehmer angegeben wurden.
* Wie zuerst verlautet, ist dem neuen Versicherungsgebot ein Gesetz über die zwangsweise Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstkoten angehängt. Es wird gefordert, daß die Krankenversicherung der Landarbeiter in günstiger Weise auf die Armenpflege auf dem platten Lande einzurichten wird. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind in anbestand der unglücklichen Finanzlage des Reiches ohne Staatszuschuß bedacht.

Der Bedarf dieser Versicherung soll nur aus den Zuschüssen und den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden, die zu gleichen Teilen erfolgen. Rentenberechtigt sind nur bedürftige Witwen.
* Eine Konferenz der Führer der Bergarbeiter in Köln beschloß, im Januar in einer Bergarbeiterkonferenz in Berlin abzuhalten.
* Aus Anlaß der letzten Überfälle von Soldaten auf Farmer in Deutsch-Südwestafrika haben sich zwei Führer der Schutztruppe zu dem Vorkommnis Simon Copper begeben, um noch einmal mit ihm wegen seiner Unterwerfung zu unterhandeln.



Vizepräsident Gomez von Venezuela.
Die Ariele des Präsidenten Castro nach Berlin hat seinen Gelehrten Gelegenheiten gegeben, ihrem Innern gegen den afrikanischen Diktator Ausdruck zu geben. Nach dem bekannt geworden war, daß Castro eine Verhaftung gegen die Regierung über den Vizepräsidenten Gomez angesetzt habe, legte man ihm fast erschöpfend aus. Der neue Präsident Gomez ist europäerfreundlich und hat bereits Schritte unternommen, um Venezuelas internationale Beziehungen zu lockern. Besonders ist ein Ruhe in den südamerikanischen Weltmarkt ein, den Castro in unabsichtliche Schritte geführt hat.

Wie verlautet, befindet sich Simon Copper auf englischer Gebiet.

Frankreich.
* Die in der Kammer angeforderte Debatte über die Marokkangelegenheit wurde bis zum Wiederzukommen der Kammer im Januar vertagt. Nach längerer Debatte wurde die von der Regierung eingebrachte Vorlage über die Erhebung der Ariele mit großer Mehrheit angenommen. Die Reorganisation soll binnen zwei Jahren durchgeführt werden.

Schweiz.
* In St. Gallen hat sich ein Komitee gebildet, das die Schweizer Mütter demnach zu einer Versammlung einladen wird, um der Einführung des neuen Bundesgesetzes ein Ende zu machen.

Belgien.
* Die zweite Kammer bewilligte die früher abgelehnte Forderung von 390 000 Gulden im Interesse einer wichtigen Vertiefung Hollands und seiner Kolonien auf der Brüsseler Ausstellung.

Rußland.
* Der Minister des Auswärtigen, Sazonov, machte in der Duma ausführliche Mitteilungen über die aktuelle Lage und erhielt nach kurzer Debatte ein Verurteilungswort.
* In Petersburg fand hier Tage der erste allrussische Frauenkongress statt. Es wurde beschlossen, daß für Frauenwahlrecht zu wirken.

Wallonien.
* In dem Entwurf einer Antwort auf die türkische Chronik wird an dem Verhalten der früheren Malgeber des Sultans scharfe Kritik geübt.

Die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei, die einen freundschaftlichen Verlauf zu nehmen scheinen, drohen neuerdings ins Stocken zu geraten, da Österreich die Gewährung einer Geldschubhänge auf die Türkei abgelehnt haben soll. Es wird nicht ausgeschlossen bezogen, daß hierdurch die Verhandlungen unterbrochen werden könnten. Vermutlich ist die österreichisch-ungarische Regierung, die anfangs einer Geldschubhänge nicht abgeneigt zu sein schien, zu diesem Schritt hauptsächlich durch die Befürchtung des ungarischen Parlaments, daß wieder das österreichische noch das ungarische Parlament eine Geldschubhänge für die Türkei bewilligen wird.

Amerika.
* Nachdem der bisherige Präsident von Venezuela, Castro, gekürzt ist, wird der Streit zwischen Holland und Venezuela sehr bald beigelegt werden. Die holländische Regierung hat bereits Anweisung gegeben, daß die Kriegsschiffe in den venezolanischen Gewässern alle Operationen einstellen sollen. Aber nicht nur dieser Streitfall soll beigelegt werden, die neue Regierung in Venezuela wünscht mit allen Staaten, die Castro gekürzt und dem Lande vertrieben hat, in Freundschaft zu leben. Daher soll der neue Minister des Äußeren, Dr. Paul, nach Europa fahren, um mit den Mächten direkt in Berührung zu treten. Man darf also hoffen, daß in dem amerikanischen Weltmarkt endlich Ordnung, Ruhe und Frieden eintreten werden.

Italien.
* Die Anhänger der Verfassung in Berlin sind unter sich nicht einig. Während die Führer der einen Partei durchaus eine Revolution erwarten und den Schach entwerfen wollen, treten die Führer der anderen für Wiedereinführung der Verfassung ein. Zwischen den Anhängern beider Parteien ist es in der letzten Tagen in der Umgebung von Venedig zu einem erbitterten Kampfe gekommen, in dem die Konstitutionellen Anhänger der Schachregierung mit Hilfe des Parlamentes Sieger blieben. In einzelnen Kreisen neigt man der Ansicht zu, der Schach werde im Sommer um die Verfassung kämpfen und zugeben müssen, daß sein Widerstand nutzlos und nur geeignet ist, seinen Zorn ernstlich zu zeigen zu bringen. Er hat auch in diesem Sinne auf die Vorstellungen Englands und Russlands geantwortet. In seinem Schreiben wird die Sicherung des Reiches als Bedingung für Anfang Februar in Aussicht gestellt. Doch verlangt der Schach, daß alle Verträge der fremden Weltmächten, in denen sie Aussicht gewährt habe, verlassen und verprügelt, die Männer für die Verfassung nicht zu bestrafen. Man muß abwarten, ob der Schach diesmal sein Versprechen halten wird.

Der Dalai-Lama von Tibet hat Befehl wieder verlassen, um in mehrere Monate geweiht hat. Es fand feierliche Feiern bei der Abreise statt, und es kann seinem Zweifel unterliegen, daß von christlichen Standpunkt aus der Besuch als erfolglos angesehen werden muß, weil der Dalai-Lama sich weigert, irgendwelchen Abmachungen zuzustimmen, die Tibet zu einer chinesischen Provinz gemacht hätten.

Überfall auf Präsident Gallieres.

Am Morgen des ersten Weihnachtsfestes ist der Präsident der französischen Republik während seines Spazierganges in Paris von einem heillosen Mörder tödlich angegriffen worden. Präsident Gallieres erhielt einen schmerzhaften Stich, der ihn gleichzeitige tödlich verletzte. Gallieres lag auf dem Boden, eroberte sich aber rasch und lagte über Schmerzen am Hinterkopf. Der Angreifer wurde von den zwei dem Präsidenten in einiger Entfernung folgenden Polizei-Angehörigen festgenommen. Es ist der italienische Kellner Jean Maris. Man fand bei ihm eine Wunde mit dem Namen des Herzogs von Orleans und einen Betrag, der angibt, daß er ein Mitglied der italienischen Revolution ist, angestrichelt von einem der sogenannten gelben der Regierung feindlichen Syndikate. Nach dem Angriff auf Gallieres rief der Täter: „Ich bin nicht bemerkt, die Tat war nur ein Symbol. Ich wollte niemand verletzen.“ — Sofort nach dem Bekanntheit des Überfalles drückte sich der deutsche Botschafter Fürst Radolin nach dem französischen Ministerpräsidenten aus, daß er dem Kabinetschef seine Entschuldigung über den Überfall auf den Präsidenten und seine Sympathie für diesen ausdrückte. Wie andere Botschafter und Gesandten folgten bald dem Beispiel ihres Kollegen. Aber die Beweggründe zu diesem Aufsehen erregenden Überfall auf das Staatsoberhaupt, äußerte der Täter: „Ich war schon lange mit dem Gedanken des Staatsstreiches angetrieben. Endlich fand sich die geeignete Gelegenheit, mich ihm zu vergewissern. Ich muß einmal meine Politik, die ich für unerschütterlich halte. Wir müssen zu den guten Überzeugungen Frankreichs zurückkehren. Bieleicht hätte sich die Verhängung meines Namens noch verzögert, wenn nicht gerade in den letzten

